

Walter Smolnik

00000 Zwangsabegemeldetenhausen
Obdachlosenstr. 0

Redaktion der
Spiegel
Brandstwiete
Hamburg

06. Juni 2011

Ihr Artikel „Die Linda Masche“ Spiegel Nr. 23 / 2011

Sehr geehrte Damen und Herren der Spiegelredaktion,

die in Ihrem Artikel dargestellten Angaben der Firma SAZ in Hannover sind definitiv falsch. Allerdings sind Ihre Betrachtungen, was die Problematik insgesamt angeht zu isoliert auf die Firma SAZ beschränkt.

Nach meinen Erfahrungen handelt es sich bei der Gesamtsproblematik um ein Zusammenspiel von Fundraisingfirmen, Politischen Parteien und Beamten und wirtschaftlichen Interessen.

Ich selber habe als einer der Verantwortlichen des Vereines Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. im Jahr 2005 (damals als Vorsitzender) einen Vertrag mit der Firma SAZ Dialog Europa in Garbsen (SAZ) in Vertretung des Konzernhauses in St. Gallen, Schweiz für den Verein Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. abgeschlossen.

Die Firma warb damals mit einer über dreißig jährigen Erfahrungen und mit Verträgen mit fast allen großen und namhaften Organisationen wie Ustinov Stiftung, DLRG, UNICEF und anderen. Als besonders positiv wurde von SAZ der Status der internationalen Erfahrung in das Gespräch eingebracht, Hauptsitz war St. Gallen in der Schweiz, Tochterfirmen in vielen europäischen Staaten und in den USA.

Der Vertrag wurde vor Abschluss dem für den Verein zuständigen Finanzamt vorgelegt und vom zuständigen Finanzbeamten unter bestimmten Rahmenbedingungen genehmigt. Diese Rahmenbedingungen wurden vom Verein Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. eingehalten. Dennoch wurde dem Verein von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier das Sammeln in Rheinland Pfalz untersagt, weil der Vertrag mit der Firma SAZ nicht rechtmäßig sei (Sammelgesetz des Landes Rheinland Pfalz).

Der Vereinssitz befand sich damals in Köln. Die ADD Trier schrieb seinerzeit die Bezirksregierung Köln an und verlangte eine Umsetzung des Sammelgesetzes Rheinland Pfalz in Köln, also in Nordrhein Westfalen, was zu einer Überprüfung durch die Bezirksregierung Köln führte, die jedoch keine Beanstandungen gegenüber dem Verein hatte. Eine Überprüfung des Jugendamtes Köln führte zu der Bewertung, dass der Verein sich im Rahmen der freien Jugendfürsorge und der Völkerverständigung bewährt habe.

Verfasser des Leserbriefes: Walter Smolnik

Zum damaligen Zeitpunkt verfügte der Verein Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. über den Status der Gemeinnützigkeit.

Der Verein Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. hat seine Spender von Beginn an über der die vertragliche Regelung mit der Firma SAZ informiert. Das Geschäftsmodell der damaligen Geschäftsführung der Fa. SAZ erschien seriös und plausibel. Im Jahr 2007 wechselte der Geschäftsführer der Fa. SAZ, zum damaligen Zeitpunkt ein Herr Eisenschmidt. Nachfolger war ein Herr Rölle (Operatives Geschäft) aus der Schweizer Geschäftsstelle der Fa. SAZ.

Im Jahr 2007 wurde dem Verein Rückwirkend die Gemeinnützigkeit mit völlig absurden und widersprüchlichen Argumenten entzogen. Zum damaligen Zeitpunkt galt noch die Brago, die Gebührenordnung für Rechtsanwälte, diese wurden zu diesem Zeitpunkt noch nach einem Prozentualen Anteil am Streitwert vergütet.

Die Spendenprognose der Fa. SAZ lag nach drei Jahren bei einer Refinanzierung der für Porto, Druck und Layout der eingesetzten Gelder bei einem Spendenüberschuss von 20 Millionen Euro und einem Aufwand für die Spenderinformation von unter 30 %.

Eine Bezahlung eines unabhängigen Anwaltes hätte sich der Verein Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. nach der damals geltenden BRAGO nicht leisten können.

Von der Fa. SAZ wurden dem Verein Anwälte zur Seite gestellt, diese verlangten teilweise eine Ermächtigung für das Einziehen von Wertgegenständen und ähnliches. Dies wurde von mir nach Rücksprache mit den zuständigen Organen des Vereines verweigert.

Das Finanzamt Köln, erkannte die Information der Spender –entgegen der in Ihrem Artikel beschriebenen Praxis- nicht an und entzog dem Verein Jugend- und Ausbildungshilfe eine Welt e.V. die Gemeinnützigkeit. Gleichzeitig wurde dem Verein untersagt einen Fair Trade Handel als Zweck- oder Gewerbebetrieb einzurichten, auch dies sein nicht Gemeinnützig. Auch dies war ein klarer Verstoß gegen die geltenden Gesetze, zum Beispiel führen viele Sportvereine Vereinsgaststätten als Zweckbetriebe oder Merchandisingshops. Die Planung eines Fair Trade Shops als Zweckbetrieb zum Entzug der Gemeinnützigkeit zu nutzen, kommt defakto einem illegalen Berufsverbot gleich. Der Schaden beziffert sich hochgerechnet (Spendenvolumen zum damaligen Zeitpunkt bei 2,6 Millionen Trend steigend, Hinzurechnung der Businessplanung für Fairtrade Shop und andere Projekte) auf über 20 Millionen Euro.

Ein Widerspruch / Einspruch gegen diese Entscheidung wurde bis heute vom Finanzamt nicht beantwortet.

Fakt ist, die Verträge der Firma SAZ sind dem zuständigen Finanzamt Hannover und dem Finanzministerium Niedersachsen seit Jahrzehnten bekannt. Die Steuergesetzgebung in Deutschland ist Bundesgesetzgebung, also einheitlich. Wenn die Verträge der Fa. SAZ illegal sind, ist dies den Finanzbehörden bekannt und von den Finanzbehörden seit Jahrzehnten geduldet. Diese Verträge zum Anlass zu nehmen bestimmte Vereine praktisch illegal zu verbieten, während andere unter gleichen Umständen Bestand haben, hat eine kriminelle Dimension, selbst wenn diese politisch motiviert sein sollte.

Das Geschäftsgebaren der Fa. SAZ war ab dem Jahr 2007 nicht mehr nachzuvollziehen und nicht mehr als das Gebaren eines seriösen Kaufmannes anzusehen. Aufforderungen an die Fa. SAZ zur Nachbesserung (Mängelrüge) blieben unbeantwortet. Gleichzeitig entstanden im Umfeld der Fa. SAZ Vereine, die die Projektinhalte des Vereines Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. für sich nutzten.

Was nun folgte war eine Posse zwischen der SAZ und den Behörden der Bundesrepublik Deutschland. Die Behörden argumentierten, die Gemeinnützigkeit sei zu Recht entzogen worden, weil die vorgelegte Planung nie erreicht worden wäre, die Fa. SAZ argumentierte, ihr Handeln sei rechtmäßig,

Verfasser des Leserbriefes: Walter Smolnik

da den Steuerbehörden in Niedersachsen bekannt und die Planung habe nicht eingehalten werden können, da die Gemeinnützigkeit entzogen worden wäre.

Gleichzeitig mit dem Versuch diese unmöglichen und rechtswidrigen Konstrukte bekannt zu machen, setzte eine Zerstörung meines Privatlebens (aber auch die anderer Personen die sich für den Verein eingesetzt haben) ein.

Mit sehr fragwürdigen und auch rechtswidrigen Handlungen wurde ich in Deutschland zwangsabgemeldet. Mir wurde gedroht man werde meine Unterlagen vernichten und verschwinden lassen. Die Fa. SAZ beanspruchte die Spenderadresse zur Deckung der (angeblich ?) entstandenen Kosten zur freien Verwendung, aus Datenschutzgründen habe ich als Liquidator des Vereines der Freigabe dieser Adressen nie zugestimmt. Es wurden etliche Versuche unternommen, mich aus dem Land zu drängen und zu verhindern, dass ich diese Geschehnisse öffentlich machen konnte.

Gleichzeitig schaltete sich massiv die katholische Kirche, hier das Bistum Aachen ein. Mit dem Vorwand helfen zu wollen, wurde von einem gewissen Herrn Johannes Papst, iit-Institut Aachen, die Vereins- und Projektunterlagen eingesehen, allerdings nahmen in der Folge Hackerattacken auf die Vereinscomputer und gezielt angerichtetes Chaos im Verein zu. Die Firma iit-Papst ging hierbei sehr geschickt vor, mit einem Wartungsvertrag für die Computer des Vereines und der Empfehlung eines Finanzbeamten der auch gleichzeitig die Bekannte von Herrn Papst für die Buchführung vorschlug, kam das iit Institut in den Besitz sämtlicher Daten des Vereines Jugend- und Ausbildungshilfe Eine Welt e.V. In der Folge nahmen die Hackerattacken jedoch zu und alle Aktivitäten des Vereines wurden verhindert.

Das hierbei angewendete Know-How hat ein erstaunliches Niveau wie es mir persönlich nur von staatlichen Dienststellen wie Militär, Polizei, Geheimdiensten etc. bekannt ist, die rechtswidrige Anwendung lässt jedoch auf kriminelle Kreise schließen. Die durchgeführten Manipulationen waren teilweise nur über die sogenannte TKÜ Schnittstelle möglich, diese steht aber angeblich nur staatlichen Organen zur Verfügung. Anfragen, die sich zum Beispiel auf ein Vereinsmitglied bezogen, dass Widersprüchliche Angaben zu seinem Beruf machte (suspendierter Beamter, Finanzbeamter, Unternehmer, Politiker etc.) beim Finanzministerium NRW wurden nie beantwortet.

Dem Bistum Aachen wurden von der ADD Trier neben anderen Empfängern beschlagnahmte Gelder von Vereinen die mit Sammelverbot belegt worden waren, in den Jahren 2007 überwiesen. Das Bistum Aachen hat sich selber Fundraiser bedient. Der Versuch mit Verantwortlichen Personen im Bistum über dies Vorgänge zu sprechen, wurde abgelehnt, man habe keine Zeit. Im selben Umfeld ist der Versuch feststellbar, Projekte des Vereines marktwirtschaftlich zu verwerten.

Gleichzeitig wurden alle weiteren Bestrebungen des Vereines, sinnvolle Projekte zu verwirklichen von den Behörden verhindert und der Verein später auch von den Zielgruppen, wohl wegen der Bewertung der ADD oder auf Betreiben von staatlichen Stellen, ignoriert.

Für tausende Euro beschafftes Material für Jugendgruppen, Labor und Technikeinrichtungen, medizinisches Gerät für Hilfstransporte etc. kann nicht genutzt werden. Mehrere Anfragen bei Speditionen für Transporte in Zielländer wurden ignoriert. Wer hier im Hintergrund die Fäden zieht, kann ich nur vermuten.

Der Versuch den Verein mit dubiosen Altkleidersammlungen und Haustierdiebstahl und Konzentrationslagern in Verbindung zu bringen –und dies gezielt Rufschädigend- ist belegt und wird von den ach so besorgten und korrekten Behörden ignoriert, die Urheber beziehen sich hierbei auf Angaben der ADD Trier.

Die im Verein tätigen Helfer haben über Jahre Ihre Arbeitszeit unentgeltlich zur Verfügung gestellt und auch später nur eine Aufwandsentschädigung bezogen.

Anzeigen bei der Bundespolizei in Bonn blieben bisher ohne Erfolg.

Nach meinen Erfahrungen, handelt es sich hierbei um den Versuch von Politik, Beamten und Teilen der Kirche sich die Projekte von Vereinen anzueignen und Vereine die nicht auf der jeweiligen klerikalen oder politischen Linie liegen, einfach durch falsche, juristisch inhaltlich nicht richtige Bescheide illegal zu verbieten. Profitieren darf in dieser Systematik nur, wer sich diesem Zusammenspiel beugt, ich habe mich stets geweigert mich an diesen unseriösen Machenschaften zu beteiligen und habe dafür mit der Zerstörung meines Privatlebens gezahlt und hätte in den Jahren 2009 bis heute selber nicht mehr überleben können, hätte ich nicht noch einige Spenden erhalten. So schnell wird man in Deutschland vom Helfenden zum Hilfsbedürftigen gemacht. Ich selber habe, genau aus den hier beschriebenen Gründen in verschiedenen Ländern Asyl beantragt.

Sie finden etliches Hintergrundmaterial auf den Webseiten www.youthdprogramm.org , www.jaev.de und www.leichtleben.de und www.smolnik.de , sowie in den beigefügten Anlagen. Nach einigen Angaben sollen die Seiten nicht immer erreichbar sein, aber auch dass passt in das oben beschriebene Muster.

Mit freundlichen Grüßen



Walter Smolnik